

Stellungnahme zur Landtagswahl in Bayern am 14. Oktober 2018 zu ausgewählten Themenbereichen

=====

Miteinander der Generationen

Das partnerschaftliche Miteinander der Generationen ist eine wesentliche Grundlage für die Zukunft unserer Gesellschaft. Der demografische Wandel und die technologische Entwicklung verändern unsere Gesellschaft fundamental. Die Jüngeren werden weniger, die Älteren mehr. Die Zahl der Menschen, die ihre familiären Wurzeln nicht mehr in Wohnortnähe oder in Deutschland haben, nimmt zu. Eine effektivere Ausbildung und lebenslanges Lernen sind Voraussetzungen dafür, dass die Menschen zukünftig eine Arbeit haben, von der sie angemessen leben können. Das Thema der Generationengerechtigkeit wird zum Gradmesser für den Zusammenhalt in der Gesellschaft.

Soziale Sicherungssysteme:

Sie (z.B. Pensionsrücklagen, Kranken- Renten- und Pflegeversicherung) sind auf Zukunftsstabilität und Generationengerechtigkeit zu überprüfen; die Finanzierbarkeit muss langfristig sichergestellt werden. Die Bürger müssen ehrlich und umfassend informiert werden.

Teilhabe der Jugend an Entscheidungen:

Es sind Maßnahmen zu treffen, um junge Menschen mehr für Politik zu interessieren und sie stärker daran zu beteiligen.

Das Wahlalter für Landtags- und Kommunalwahlen könnte auf 16 Jahre abgesenkt werden.

Freistellung von Ehrenamtlichen:

Wir brauchen flexiblere Regelungen für eine Freistellung von Arbeitnehmer/innen, Studierenden und Schüler/innen für Aktivitäten und Gremienarbeit in der (Jugend-)Verbandsarbeit.

Nachhaltigkeit:

Politische Entscheidungen sind auf Nachhaltigkeit zu überprüfen. Alle künftigen politischen Handlungen müssen nach ihrer Generationenverträglichkeit bewertet werden.

Teilhabe von Älteren am gesellschaftlichen Leben:

Es muss (vor allem im ländlichen Raum) eine Infrastruktur sichergestellt werden, die es Älteren oder Menschen mit eingeschränkter Mobilität ermöglicht, sich selber zu versorgen und am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen (lokale Einkaufsmöglichkeiten und Geldautomaten, ÖPN-Struktur für Arztbesuche, ...).

Die Entwicklung neuer Modelle zur Betreuung von Pflegebedürftigen in der Familie muss vom Staat unterstützt und finanziell gefördert werden.

Bildung ist Zukunftssicherung:

Die Gleichwertigkeit von beruflicher / handwerklicher und akademischer Ausbildung muss anerkannt und in der Praxis umgesetzt werden.

Der Staat muss praktikable Rahmenbedingungen schaffen, dass alle Bürger die Möglichkeit wahrnehmen können, durch lebenslanges Lernen ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu sichern und ganzheitliche Bildung zu erwerben.

=====

Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land

Aus der bayr. Verfassung, Art. 3, Abs. 2:

„Der Staat [...] fördert und sichert gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern, in Stadt und Land.“

Gleichwertig bedeutet nicht gleich, denn jeder Mensch hat andere Bedürfnisse. Gleichwertig bedeutet vielmehr, dass jedem Menschen eine Grundbasis an Möglichkeiten vom Staat zur Verfügung gestellt wird.

Wohnen

- Förderung von generationengerechtem Wohnen in Stadt und Land, v.a. von barrierefreien Wohnungen und bezahlbarem Wohnraum für Jung & Alt, Familien & Alleinstehende in Form von Mehrgenerationenwohnhäusern.
- Umbau vor Neubau: Förderung von Umgestaltung und Nutzung bestehender Leerstände in Ortskernen, bevor Neubaugebiete ausgewiesen und Flächen versiegelt werden. Dazu bedarf es eines Abbau von Bürokratie, um den Umbau und die Sanierung von Altbestand zu forcieren.
- Aufstockung der Anzahl an Sozialwohnungen, intelligente Nachverdichtung in Ortskernen von Ballungsräumen sowie eine wirksame Mietpreisbremse, damit Wohnraum bezahlbar bleibt.

Verkehr

- Förderung des Aus- und Aufbaus von flexiblen ÖPNV-Angeboten (z.B. Rufbus, Sammeltaxis, Bürgerbusse) auf dem Land, so dass Jugendliche und Senior*innen ohne Führerschein mobil sind.
- Elektrifizierung sowie Ausbau von Bahn-Verkehr auf viel genutzten Pendlerstrecken, um Umwelt und die Straßen in Ballungsräumen zu entlasten.
- Unterstützung des Ausbaus und Einführung preiswerter öffentlicher Verkehrsmittel in Ballungsgebieten, um einer Überlastung städtischer Infrastruktur entgegenzuwirken.

Weitere Infrastruktur

- Aufrechterhaltung notwendiger Infrastruktur (Bäcker, Metzger, Sparkasse, Post, Arzt, Apotheke) in unmittelbarer Nähe der Bürger*innen auch in peripheren Regionen, z.B. durch mobile Angebote oder "Praxissharing".
- Verlangsamung oder gar Stopp der Flächenversiegelung, indem bereits genutzte Flächen wieder oder effizienter genutzt werden.

- Erhalt von Erholungsräumen in Ballungszentren, z.B. Parks, Spielplätze, etc.
- Förderung strukturschwacher Regionen mit Förderprogrammen ohne finanziellem Eigenanteil, da dieser oft nicht zu stemmen ist.
- Der flächendeckende und schnelle Ausbau des Breitband-Netzes zur Internetnutzung muss noch stärker forciert werden, da dies ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für ländliche Regionen ist.

=====

Christliche Werte in der Politik

Wir Christen sind davon überzeugt, dass verlässliche Werte für unser Leben von großer Bedeutung sind. Diese müssen in die täglichen Entscheidungen jedes Einzelnen Eingang finden, aber auch das Wirken unserer politischen Mandatsträger bestimmen.

Im Zentrum unserer christlichen Werte steht die **allen Menschen zukommende Menschenwürde**, die uns nach unserem Glauben von Gott verliehen wurde und die deshalb unveräußerlich ist, so dass kein Mensch von Einzelnen oder Institutionen als bloßes Mittel für ihre Zwecke missbraucht werden darf. Dieser Grundsatz muss **Kompass aller Politik** sein. Aufgabe ist es, alles zu tun, um die **Sicherung und Entfaltung** des menschlichen Lebens in jeder Hinsicht und in **jeder Lebensphase** zu fördern. Dabei beginnt nach christlicher Überzeugung menschliches Leben im Zeitpunkt der Zeugung.

Wertorientierung finden wir Christen in unseren Glaubensquellen. Wenn von uns auch ein in heutiger Begrifflichkeit vorliegendes vollständiges Verzeichnis christlicher Werte kaum erstellt werden kann, so kann als **maßgebliches Fundament aller christlichen Ethik die Bibel**, und können darin vor allem die alttestamentlichen Zehn Gebote und die Bergpredigt Jesu im Matthäusevangelium herangezogen werden, an denen christliche Politik gemessen werden muss.

Durch die Gebote des Dekalogs werden heute **vielfach anerkannte Werte geschützt**, die in Tugenden wie Gerechtigkeit, Achtung vor dem Leben, Friedfertigkeit, Verlässlichkeit und Treue in der Ehe, Wahrhaftigkeit, Achtung vor dem Eigentum u.a. zum praktischen Vollzug gebracht werden müssen. In der Bergpredigt fordert Jesus neben dem rechten Tun auch die rechte Gesinnung. Er verlangt von den Menschen die Abkehr von Äußerlichkeit, wenn er z.B. vom rechten Almosen, Beten und Fasten spricht. **Niemand soll sich mit dem leicht Umsetzbaren und kurzfristigen Erfolg zufrieden geben**, vielmehr bringt Jesus das Visionäre ins Spiel und fordert die Menschen zu größtmöglicher Kreativität und zu langem Atem auf, wenn er die Menschen z.B. auf das Ausstrecken nach utopischen Zielen, etwa der absoluten Gewaltlosigkeit und der Wahrhaftigkeit ohne Wenn und Aber verpflichtet.

Politiker müssen deshalb immer wieder daran erinnert werden, dass Lautstärke, Applaus, schnelles Tempo und kurzlebige Antworten bei ihrer Entscheidungsfindung nicht vorrangig sein dürfen, und gerade angesichts der Komplexität und Kompliziertheit von virulenten Themen wie z.B. Verteilungsgerechtigkeit, Umweltschutz, Globalisierung, Digitalisierung auch mit Hilfe der christlichen Tugenden der Klugheit, der Gerechtigkeit, aber auch der Tapferkeit und des Maßes **verantwortungsvolle Lösungsansätze** gesucht werden müssen.

Nicht zuletzt muss hingewiesen werden auf die **Katholische Soziallehre** mit ihren weithin geschätzten Prinzipien der Personalität, Solidarität („Einer für alle, alle für Einen“), Subsidiarität („So viel Hilfe wie nötig, so wenig Hilfe wie möglich“), Nachhaltigkeit und des

Gemeinwohls, die Impulse für die Bewältigung aktueller Herausforderungen in Gesellschaft und Staat bereithält. Gut verständlich wird sie z.B. im kürzlich erschienenen Docat erläutert und konkretisiert.

=====

**Zusammengestellt von der Arbeitsgruppe Landtagswahl des Diözesankomitees
Regensburg im April 2018**